

Inhalt

Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	17
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	29
1. Kapitel Berücksichtigung relevanter Zeiten als Rechtsproblem	30
A. Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse	32
B. Gegenstand der Untersuchung	33
C. Begriffserläuterungen.....	35
D. Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen.....	36
2. Kapitel Analyse des aktuellen Regelungsbestands.....	37
A. Status- und laufbahnrechtliche Regelungen	39
I. Status- und laufbahnrechtliche Regelungen im Bundes- beamtenrecht.....	41
1. Zulassung zu den Laufbahnen	41
a) Erwerb der Laufbahnbefähigung.....	41
b) Relevante Zeiten für den Erwerb der Laufbahn- befähigung.....	43
aa) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des mittleren Dienstes	43
bb) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes	47
cc) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes.....	48
c) Berücksichtigung von sonstigen Zeiten	49
d) Auslegung der Anerkennungsvoraussetzungen	51
e) Zwischenfazit.....	54
2. Veränderung der Dauer des Vorbereitungsdienstes.....	56
a) Relevante Zeiten für die Verkürzung des Vorbereitungs- dienstes.....	57
b) Voraussetzungen und Einschränkungen der Anrechen- barkeit förderlicher Zeiten bzw. von Vordienstzeiten.....	60
aa) Berücksichtigung von Berufsausbildung und hauptberuflichen Tätigkeiten	60
bb) Berücksichtigung eines Hochschulstudiums.....	65

cc)	Berücksichtigung eines Vorbereitungsdienstes einer nächstniedrigeren Laufbahn	67
c)	Umfang der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes bei Anrechnung förderlicher Zeiten bzw. von Vordienzeiten	68
d)	Berücksichtigung sonstiger Zeiten	75
e)	Zwischenfazit	77
3.	Regelungen zu Probezeiten.....	78
a)	Probezeit vor der Lebenszeiternennung	78
aa)	Anrechnung hauptberuflicher Tätigkeiten.....	80
bb)	Ermessensleitende Aspekte bei der Anrechnung	82
cc)	Anrechnungsverbot bei Anrechnungskonkurrenz.....	87
dd)	Anrechnung sonstiger Zeiten	90
ee)	Zwischenfazit	92
b)	Führungssämter auf Probe	92
c)	Erprobung auf höherwertigem Dienstposten.....	96
d)	Abstufung der verschiedenen Probezeiten	99
4.	Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt	102
a)	Voraussetzungen der Einstellung in ein höheres Amt.....	103
aa)	Berücksichtigung hauptberuflicher Tätigkeiten	103
bb)	Berücksichtigung förderlicher Zusatzqualifikationen anstelle von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten.....	107
(1)	Berücksichtigungsfähige Zusatzqualifikationen.....	107
(2)	Förderlichkeit dieser Zusatzqualifikationen	108
(3)	Bestimmung der maßgeblichen Amtsbezogenheit ...	109
(4)	Bewertung der Vergleichbarkeit mit der Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten.....	111
cc)	Anrechnungskonkurrenzen.....	112
b)	Kriterien der Ermessensentscheidung über die Einstellung in ein höheres Amt	113
aa)	Besoldungsrechtliche Anerkennung relevanter Zeiten.....	114
bb)	Anforderungsprofil des aktuell zu besetzenden Dienstpostens	115
cc)	Weitere Aspekte	119
c)	Kritik und Zwischenfazit.....	122
5.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten für das berufliche Fortkommen.....	124
a)	Familienbezogene Benachteiligungsverbote	124

b)	Ausgleichsregelungen und besondere Benachteiligungsverbote bzgl. spezieller Zeiträume	125
II.	Status- und laufbahnrechtliche Regelungen im Landesbeamtenrecht.....	126
1.	Zulassung zu den Laufbahnen	127
a)	Baden-Württemberg.....	127
b)	Bayern.....	129
c)	Berlin	133
d)	Brandenburg.....	136
e)	Bremen.....	138
f)	Hamburg	141
g)	Hessen.....	143
h)	Mecklenburg-Vorpommern	146
i)	Niedersachsen	149
j)	Nordrhein-Westfalen.....	150
k)	Rheinland-Pfalz.....	153
l)	Saarland.....	154
m)	Sachsen	156
n)	Sachsen-Anhalt	158
o)	Schleswig-Holstein	160
p)	Thüringen.....	162
q)	Vergleich und kritische Würdigung.....	164
aa)	Vorgeschriebene Mindestdauer (haupt-)beruflicher Tätigkeit	164
bb)	Zugang auch zu Laufbahnen mit eingerichtetem Vorbereitungsdienst	164
cc)	Erfordernis der Ausübung der (haupt-)beruflichen Tätigkeit nach Vor- und Ausbildung.....	164
dd)	Anrechnung von Teilzeitbeschäftigungszeiten	167
ee)	Anrechnung von Zeiten in Mutterschutz oder in Elternzeit.....	167
ff)	Berücksichtigung relevanter Zeiten im Verhältnis zu und bei anderen Bewerbern.....	167
r)	Zwischenfazit.....	167
2.	Veränderung der Dauer des Vorbereitungsdienstes.....	168
a)	Überblick über die Regelungen der Länder	168
b)	Konkrete Bestimmung des Umfangs der Verkürzung eines Vorbereitungsdienstes.....	169

3.	Regelungen zu Probezeiten.....	178
a)	Probezeit vor der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	178
b)	Führungsämter auf Probe	185
c)	Erprobungszeiten vor Beförderungen	186
4.	Einstellung in ein Beförderungsamt.....	186
5.	Andere Regelungen zur Berücksichtigung relevanter Zeiten bei dem beruflichen Fortkommen.....	186
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Status- und Laufbahnrechts des Bundes und der Länder	190
B.	Besoldungsrecht	190
I.	Besoldungsrecht des Bundes	190
1.	Berücksichtigung relevanter Zeiten für die Festsetzung der Stufe des Grundgehalts	192
a)	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Festsetzung.....	192
b)	Ohne Ermessensspielraum als Erfahrungszeiten anzuerkennende Zeiten.....	193
aa)	Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit....	194
(1)	Bereichsspezifische Definition der Gleich- wertigkeit	196
(2)	Behördlicher Beurteilungsspielraum	202
(3)	Zwischenfolgerung	205
bb)	Zeiten im Dienst als Soldat, Wehrdienstzeiten und vergleichbare Dienstzeiten	205
cc)	Verfolgungszeiten	206
dd)	Zeitlicher Zuschlag für Beamte des höheren Dienstes	206
ee)	Unterschied gegenüber Erfahrungszeiten i. e. S.....	208
c)	Erfahrungszeiten gleichgestellte Zeiten	209
d)	Mit Ermessensspielraum anrechenbare förderliche Zeiten	211
aa)	Abgrenzung von förderlichen und gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeiten.....	211
bb)	Voraussetzungen der Förderlichkeit.....	212
(1)	Rekurs auf eine versorgungsrechtliche Definition....	214
(2)	Bereichsspezifische besoldungsrechtliche Definition der Förderlichkeit	219
(3)	Relevanz und Definition der Verwendung	222
(4)	Zusammengefasste bereichsspezifische Definition der verwendungsbezogenen Förderlichkeit	226
cc)	Anerkennung zusätzlicher Qualifikationen	227

dd)	Behördlicher Beurteilungsspielraum.....	228
ee)	Behördlicher Ermessensspielraum und ermessens- leitende Gesichtspunkte	231
(1)	Vorliegen eines behördlichen Ermessens- spielraums.....	231
(2)	Ermessensleitende Gesichtspunkte.....	232
(a)	Berücksichtigung des Grads der Förderlichkeit	233
(b)	Berücksichtigung anderer Aspekte.....	237
2.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten für den Aufstieg in den Stufen des Grundgehalts	243
3.	Ausschluss relevanter Zeiten	243
4.	Beschränkung auf hauptberufliche Tätigkeiten	245
II.	Besoldungsrecht der Länder	247
1.	Gemeinsamkeiten des Bundes- und Landesbesoldungs- rechts.....	248
2.	Wesentliche Unterschiede in den Landesbesoldungs- gesetzen	252
a)	Erfahrungszeit oder Dienstzeit.....	252
b)	Berücksichtigung von hauptberuflichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.....	254
c)	Einschränkungen bei der Anerkennung förderlicher Zeiten	256
aa)	Kappingsregelungen.....	256
bb)	Zusätzliche Anforderungen an förderliche Zeiten	260
d)	Berücksichtigung gleichgestellter Zeiten.....	262
e)	Weitere Besonderheiten der Regelungen einzelner Länder	264
aa)	Baden-Württemberg.....	264
bb)	Bayern.....	264
cc)	Bremen.....	265
dd)	Hessen.....	267
ee)	Niedersachsen und Schleswig-Holstein	268
ff)	Thüringen.....	270
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Besoldungs- rechts.....	272
C.	Versorgungsrecht	275
I.	Versorgungsrecht des Bundes.....	276
1.	Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit	277
2.	Wehrdienst und vergleichbare Zeiten	280

3.	Berücksichtigung von Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst.....	284
a)	Regelungszweck und Anwendungsbereich.....	284
b)	Tatbestandliche Voraussetzungen der Berücksichtigung als ruhegehaltfähige Dienstzeit	289
aa)	Personaler Bezug.....	289
bb)	Ernennungskausalität und Unterbrechungsfreiheit.....	291
(1)	Interpretation der Ernennungskausalität	291
(2)	Interpretation der Unterbrechungsfreiheit	293
cc)	Gleichwertigkeit oder Förderlichkeit	297
(1)	Interpretation der Gleichwertigkeit.....	297
(2)	Interpretation der Förderlichkeit.....	301
(a)	Entstehungsgeschichtlicher Zweck der Vorschrift ...	301
(b)	Aktueller Zweck der Vorschrift.....	304
(c)	Bereichsspezifische Definition der Förderlichkeit	307
(d)	Fazit zur Förderlichkeit im versorgungsrechtlichen Sinne	309
dd)	Inexistenter Beurteilungsspielraum.....	309
c)	Rechtsfolgenseite der Berücksichtigungsregelung.....	309
4.	Berücksichtigung von Ausbildungszeiten.....	311
a)	Regelungsziel und Zielerreichung.....	311
b)	Maßgebliche Aspekte für die Ermessensausübung.....	316
5.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten.....	317
a)	Qualifikationszeiten	320
b)	Zeiten als Entwicklungshelfer.....	320
c)	Zeiten im ausländischen öffentlichen Dienst	321
d)	Andere berücksichtigungsfähige Zeiten.....	322
e)	Aspekte der Ermessensentscheidung über die Berücksichtigung sonstiger Zeiten.....	327
aa)	Leitaspekte der Ermessensausübung bei sonstigen Zeiten	327
bb)	Begrenzung der Berücksichtigungsmöglichkeit.....	330
f)	Zwischenfazit.....	331
6.	Zuschläge für Kindererziehungs- und Pflegezeiten	332
7.	Nicht und nur bedingt zu berücksichtigende Zeiten	333
II.	Versorgungsrecht der Länder.....	334
1.	Parallele Systematik und Syllabus der Unterschiede.....	334
2.	Landesrechtliche Spezifika im Versorgungsrecht.....	337
a)	Wehrdienst und vergleichbare Zeiten.....	337

b)	Divergierende Voraussetzungen der Berücksichtigung von Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst.....	337
c)	(Teil-)einheitliches 5-Jahres-Limit.....	338
d)	Modifikationen der Berücksichtigung sonstiger Zeiten	340
e)	Ausschluss nicht berücksichtigungsfähiger Zeiten als einheitliche Tatbestandsvoraussetzung	341
f)	Ermessensgesteuerte Vermeidung einer Doppelversorgung.....	341
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Versorgungsrechts.....	342
D.	Berücksichtigung relevanter Zeiten im Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes	343
I.	Tarifvertragliche Regelungen	344
1.	Beschäftigungszeit nach TVöD/TV-L	344
2.	Tarifrechtliche Eingruppierung	347
3.	Zuordnung zu den Stufen der Entgelttabelle	348
a)	Stufenaufstieg	348
b)	Erstmalige Stufenzuordnung	349
c)	Parallelen und Unterschiede zum Besoldungsrecht.....	351
4.	Fehlen relevanter Parallelen und Interdependenzen zwischen Tarif- und Beamtenrecht.....	352
II.	Gesetzliche Regelungen	352
3. Kapitel	Maßstäbe und Prinzipien höherrangigen Rechts	354
A.	Maßstäbe und Prinzipien des Grundgesetzes	354
I.	Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG).....	355
1.	Die Berücksichtigung relevanter Zeiten als selbstständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums.....	357
a)	Kein Schutz als wohlerworbenes Recht	357
b)	Voraussetzungen eines hergebrachten Grundsatzes.....	358
c)	Fehlende Fundamentalität	359
2.	Das Alimentationsprinzip	361
a)	Auftrag, Grenze, Anspruch	362
b)	Angemessenheit der Alimentation und Bemessungskriterien	363
c)	Handlungsspielraum des Gesetzgebers	364
d)	Folgerungen	365
3.	Das Laufbahnprinzip	366

4.	Das Leistungsprinzip	369
a)	Wirkungen im Status- und Laufbahnrecht	369
b)	Wirkungen im Besoldungsrecht	372
aa)	Berücksichtigung sonstiger Zeiten	373
bb)	Einfluss auf Ermessensentscheidungen	374
c)	Wirkungen im Versorgungsrecht	375
5.	Die Fürsorgepflicht	375
II.	Gleichheits- und Gleichstellungsgebot (Art. 3 GG)	378
1.	Wahrung des Gleichheitssatzes durch den Gesetzgeber	378
a)	Einschlägige Maßstäbe	379
b)	Einhaltung dieser Maßstäbe	381
2.	Wirkungen des Gleichstellungsgebotes	383
3.	Wahrung des Gleichheitssatzes durch die Dienstherren	384
a)	Beachtung des Willkürverbots bei Ermessens- entscheidungen	384
b)	Selbstbindung der Verwaltung	385
c)	Möglichkeit einer unterschiedlichen Verwaltungspraxis bei verschiedenen Dienstherren	385
III.	Schutz von Ehe und Familie, Fürsorge für Mütter (Art. 6 GG)	386
IV.	Freizügigkeit im Bundesgebiet (Art. 11 GG)	387
V.	Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	388
VI.	Freiheit des Eigentums (Art. 14 GG)	389
VII.	Relevante Wirkungen von Staatsstrukturprinzipien (Art. 20 GG)	390
1.	Rechtsstaatsprinzip	390
2.	Bundesstaatsprinzip	392
B.	Landesverfassungsrecht	393
I.	Art. 29 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen	393
II.	Art. 119 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen und Art. 96 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen	394
C.	Unionsrecht	395
I.	Diskriminierung wegen des Alters	397
1.	Kein Vorliegen einer unmittelbaren Diskriminierung	399
a)	Altersbezogener Ausschluss relevanter Zeiten	399
b)	Besoldung nach Lebensalters- statt nach Erfahrungs- stufen	400
2.	Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierung	403
II.	Beeinträchtigung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	407
1.	Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	407

2.	Honorierung von Betriebstreue zur Mitarbeiterbindung.....	409
3.	Honorierung von (einschlägiger) Berufserfahrung.....	410
4.	Verwaltungsvereinfachung und Transparenz	411
5.	Vereinbarkeit beamtenrechtlicher Regelungen mit Art. 45 AEUV.....	412
III.	Diskriminierung wegen des Geschlechts.....	413
1.	Mittelbare Diskriminierung durch Berücksichtigung von Berufserfahrung.....	418
2.	Mittelbare Diskriminierung durch Berücksichtigung des Zeitanteils der Beschäftigung.....	419
3.	Mittelbare Diskriminierung durch Nichtberücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten für die Versorgung.....	421
IV.	Verschlechterungsverbot u. a. bei Elternurlaub.....	422
4.	Kapitel Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Berück- sichtigung relevanter Zeiten im Beamtenrecht	425
A.	Regelungen und Maßstäbe des Bundesrechts	425
I.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Zulassung zu beamtenrechtlichen Laufbahnen	425
II.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Dauer des Vorbereitungsdienstes	426
III.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die allgemeine laufbahnrechtliche Probezeit	427
IV.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Vergabe von Führungsämtern auf Probe.....	429
V.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Erprobung auf einem höherwertigen Dienstposten	429
VI.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt	429
VII.	Erkenntnisse zu Regelungen des Besoldungsrechts	431
VIII.	Erkenntnisse zu Regelungen des Versorgungsrechts.....	433
B.	Erkenntnisse aus der Betrachtung des Arbeits- und Tarifrechts des öffentlichen Dienstes	435
C.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bundes- und landes- rechtlichen Vorschriften.....	436
I.	Regelungen betreffend die Zulassung zu den beamtenrecht- lichen Laufbahnen	436
II.	Regelungen betreffend die Verkürzung des Vorbereitungs- dienstes	437
III.	Regelungen betreffend die allgemeine laufbahnrechtliche Probezeit	437

Inhalt

IV. Regelungen betreffend die Vergabe von Führungsämtern auf Probe.....	438
V. Regelungen betreffend die Erprobung und die Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt	438
VI. Andere Regelungen zur Berücksichtigung relevanter Zeiten bei dem beruflichen Fortkommen.....	438
VII. Regelungen der Landesbesoldungsgesetze	438
VIII. Regelungen der Landesversorgungsgesetze	440
D. Einhaltung höherrangigen Rechts.....	440
E. Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten	445
Literaturverzeichnis	446
Sachverzeichnis.....	464